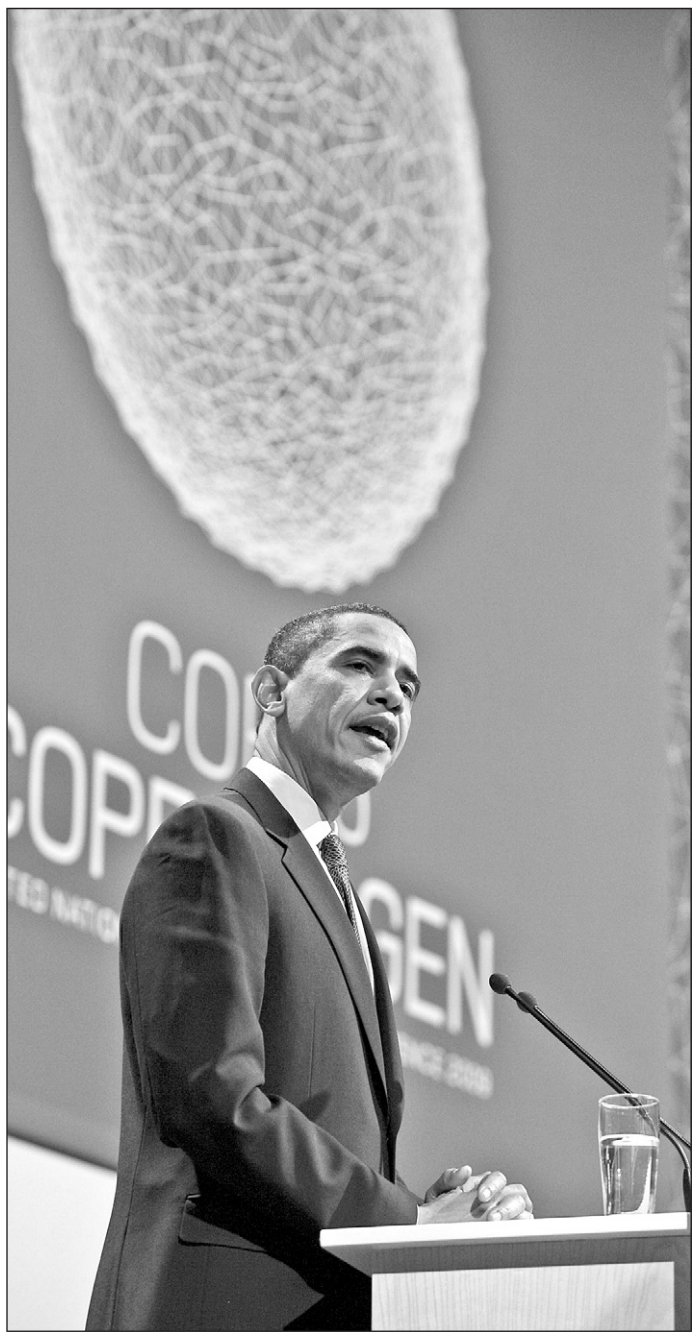
Interview mit Klima-Experten Alexander Ochs: US-Präsident versucht sich als Brückenbauer zu Republikanern

Klimaschutz: Obama probt Neustart



Das Foto zeigt Barack Obama, wie er beim Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember die US-Klimaziele erläutert: Bis 2020 will das Land 17 Prozent seiner Treibhausgas-Emissionen im Vergleich zu 2005 reduzieren. Dem muss jedoch der US-Kongress zustimmen. Foto: epa

Von Walter Hämmerle

■ Chance für Klima-Paket besteht nur vor US-Wahlen im November.
■ „Obama hat Tiefpunkt hinter sich."

„Wiener Zeitung": *US-Präsident Barack Obama ist entschlossen, nach der Gesundheitsreform nun sein zweites großes Wahlversprechen, ein Gesetzespaket zum Klimaschutz, anzugehen. Wie stehen die Chancen dafür?*

Alexander Ochs: Die Chancen stehen nach dem Beschluss der Gesundheitsreform besser als zuvor. Für zwei solcher Mega-Themen gleichzeitig ist in der Öffentlichkeit kein Platz, zumal es ja auch noch die Finanz- und Wirtschaftskrise zu bewältigen gibt. Ob Obama allerdings beim Klimaschutz auch erfolgreich sein wird, ist schwer zu beurteilen, ich halte den Ausgang für völlig offen. Die Abstimmungen im Kongress werden erst in einigen Monaten, allenfalls im Frühsommer, stattfinden.

Also auf jeden Fall vor den Mid-Term-Wahlen im November, bei denen Obamas Demokraten herbe Verluste prophezeit werden?

Ja, sicher, das ist Obamas einzige Chance für einen politischen Erfolg in diesem Bereich. Für eine progressive Klimaschutzpolitik gibt es nur vor diesen Wahlen noch eine Chance, weil die Demokraten Verluste hinnehmen werden müssen.

Wie passt dazu Obamas jüngste Entscheidung, mithilfe milliardenschwerer Kreditgarantien erstmals seit drei Jahrzehnten wieder neue Atomkraftwerke zu bauen?

Das muss als Kompromissangebot an die Republikaner interpretiert werden. Obama versucht sich als Brückenbauer zwischen den beiden Parteien zu positionieren, indem er etwa 80 Milliarden Dollar in alternative Energieträger investiert und gleichzeitig – als Angebot an die Opposition – eben auch die Atomkraft forciert oder neue Genehmigungen für Ölbohrungen erteilt. Allerdings hat sich Obama wie auch einige Grün-Bewegungen schon im Wahlkampf immer wieder für die Atomkraft ausgesprochen, weil sie für ihn im Vergleich etwa zur Kohle einen sicheren und sauberen Weg darstellt. Persönlich teile ich diese Auffassung nicht, aber in dieser Frage ist die Ökologie-Bewegung in den USA gespalten.

Sehen Sie Anzeichen dafür, dass die Republikaner auf Obamas Kompromissangebote eingehen und von ihrem erbitterten Widerstand gegen verbindliche Klimaschutzgesetze abrücken werden?

Nein, bisher jedenfalls nicht. Ich glaube aber nicht, dass deshalb diese Strategie bereits falsch ist. Für viele Wähler und Meinungsmacher beweist Obama so, dass er es ernst meint mit seinem Ziel, ein überparteilicher Präsident zu sein. Und die Republikaner werden auf diese Weise zu einer Partei der Nein-Sager abgestempelt. Strategisch macht das also schon Sinn.

Ist es wirklich realistisch, dass Obama seine Zusagen für die Klimakonferenz in Kopenhagen vom Dezember halten kann?

Ja, weil sich diese Zusagen sehr eng an das angelehnt haben, was schon das Abgeordnetenhaus zuvor beschlossen hatte. Und weil die Bundesstaaten in diesem Bereich mit riesigen Schritten voran gehen.

Wie stark ist Obama überhaupt noch Herr der Agenda in Washington?

Verluste für die Partei des Präsidenten bei Mid-Term-Wahlen sind in den USA fixer Bestandteil der politischen Kultur, das hat Tradition und ist immer schon so gewesen. Meiner Ansicht nach hat Obama seinen Tiefpunkt bereits hinter sich: Die Gesundheitsreform ist trotz aller Kompromisse keinem anderen Präsidenten der letzten 70 Jahre gelungen; hinzu kommen internationale Erfolge wie die Abrüstungsverhandlungen mit Russland; und schließlich scheint sich auch die US-Wirtschaft langsam zu erholen. Sollte sich der wirtschaftliche Trend bis zum November fortsetzen, dann dürften auch die Verluste bei den Wahlen nicht allzu dramatisch ausfallen. Dann hat Obama tatsächlich alle Chancen für eine Wiederwahl 2012.

Das Schicksal des Präsidenten hängt also am seidenen Faden der Konjunktur?

Ja, aber er profitiert auch von der Schwäche der Republikaner, die im Moment weder Lösungskonzepte noch eine mehrheitsfähige personelle Alternative anbieten können. Ich halte Sarah Palin trotz ihrer Popularität bei den rechten Kernschichten für nicht mehrheitsfähig. Obamas Umfragewerte sind zwar deutlich gesunken, aber seine Sympathiewerte bleiben nach wie vor hoch. Deshalb rechne ich im November nicht mit einem politischen Erdrutsch zugunsten der Republikaner. ■

■ Zur Person

Alexander Ochs ist Direktor für Klima und Energie beim Worldwatch Institute in Washington DC und Gründer des Forum for Atlantic Climate and Energy Talks. ■

Brasilien: Grünes Licht für umstrittenes Mega-Kraftwerk

■ Gegner fürchten um Lebensgrundlage der Indios.

Brasilia/Buenos Aires. Nach einem harten juristischen Tauziehen und trotz massiver Proteste hat die brasilianische Regierung jetzt den Bau des weltweit drittgrößten Wasserkraftwerkes gebilligt. Die Konzession für das Milliarden-Projekt im Amazonas-Gebiet wurde an das Konsortium „Norte Energia" vergeben, dem insgesamt acht Unternehmen angehören. Die Entscheidung war bis zuletzt durch mehrere einstweilige Verfügungen verzögert worden, die allerdings vom Regionalen Bundesgericht kassiert wurden.

Das umgerechnet etwa 8,5 Milliarden Euro teure Kraftwerk Belo Monte soll am Xingu-Fluss im Bundesstaat Para entstehen und in der ersten Phase 2015 in Betrieb gehen. Es wäre mit einer Leistungskapazität von mehr als 11.000 Megawatt das drittgrößte Wasserkraftwerk der Welt, nach dem Drei-Schluchten-Staudamm in China und dem Itaipu-Werk an der Grenze Brasiliens zu Paraguay. Für das Staubecken sollen mehr als 500 Quadratkilometer Fläche überflutet und rund 20.000 Menschen umgesiedelt werden.

Die am und vom Xingu-Fluss lebenden Indios sowie Menschenrechtsaktivisten, Umweltschützer und die katholische Kirche laufen gegen das Projekt Sturm. Sie befürchten unkalkulierbare Auswirkungen auf die Umwelt und sehen die Lebensgrundlagen der Indios massiv bedroht. Unter den Gegnern finden sich auch Prominente wie der Star-Regisseur James Cameron oder der austro-brasilianische Bischof Erwin Kräutler, seines Zeichens Präsident des Indianer-Missionsrats der brasilianischen Bischofskonferenz.

Die kontroverse Vergabe war noch am Dienstag von Gegnern für mehr als zwei Stunden gestoppt worden. Das Justizministerium des Bundesstaates Para hatte das Staudammprojekt unter anderem als „Affront gegen Umweltgesetze" zurückgewiesen.

Urteil im Streit Argentinien-Uruguay

Argentinien und Uruguay begrüßten unterdessen am Mittwoch den Spruch des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, der den Streit um eine Zellstofffabrik am gemeinsamen Grenzfluss Rio Uruguay beilegen soll. Beide Seiten wollen die bestehenden Meinungsunterschiede in einer binationalen Kommission klären.

Der Internationale Gerichtshof befand, dass Uruguay mit dem Bau der Fabrik ein Abkommen mit Argentinien verletzt habe, weil es das Nachbarland nicht vorab über die Pläne informierte. Die Forderung nach finanzieller Entschädigung lehnten die Richter aber ab, da es keine schlüssigen Beweise für die Einleitung gefährlicher Schadstoffe in den Fluss gebe. ■

China gedachte seiner mehr als 2000 Erdbebenopfer

■ Drei Trauerminuten in betroffener Provinz Qinghai.
■ Schlechtes Wetter behindert weiterhin die Hilfsmaßnahmen.

In Jiegu, das im Epizentrum des Bebens liegt, gedachten die Bevölkerung, Militär und Helfer der Opfer. Foto: epa

Peking. China hat am Mittwoch mit drei Trauerminuten der Opfer gedacht, die vor einer Woche beim Erdbeben im tibetischen Hochland ums Leben gekommen sind. Bisher konnten 2.064 Tote geborgen werden.

In der schwer betroffenen Provinz Qinghai kam das öffentliche Leben am Mittwoch um 10 Uhr Ortszeit für drei Minuten zum Stillstand. Sirenen heulten und Autos hupten. Landesweit wurden alle Aktivitäten in Unterhaltungsstätten ausgesetzt, Flaggen wehten auf Halbmast. Zeitungen kamen mit schwarz-weißen Titelseiten und Trauerrändern heraus.

Eine große Wohltätigkeitsveranstaltungen im Staatsfernsehen hatte am Vorabend Spenden in Höhe von 2,1 Milliarden Yuan (umgerechnet 228 Millionen Euro) für die Opfer eingebracht. Die Gelder sollen über das Verwaltungsministerium und das chinesische Rote Kreuz den Betroffenen im Erdbebengebiet zugute kommen. 34.000 Zelte, 77.000 Decken und 55.000 wattierte Mäntel für die Obdachlosen sind bisher dort eingetroffen.

Unter den Trümmern wurden am Mittwoch immer noch 175 Menschen vermisst. Mehr als 12.100 Menschen wurden durch das Erdbeben der Stärke 7,1 verletzt. Schnee und Regenfälle erschweren zusätzlich das Schicksal der Obdachlosen und behindern den Verkehr der Lastwagen mit Hilfsgütern ins weit abgelegene Erdbebengebiet im Süden von Qinghai an der Grenze zur Autonomen Region Tibet. Auch die Flüge mit Hilfslieferungen werden durch das schlechte Wetter beeinträchtigt. ■